

Am Freitag, den 26. Januar, soll die Renten-„reform“ in 2. und 3. Lesung im Bundestag abgesehnet werden. Minister Riester freut sich sehr über die zustimmende Haltung seiner ehemaligen Gewerkschaftskollegen. Wie kam's dazu?

Ein Rückblick

Am 21. Oktober waren wir anlässlich eines IG Metall-Aktionstags zum Beispiel in Nürnberg in der Frankenhalle. Kräftige Reden wurden da gehalten gegen Armut im Alter und für den Erhalt der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung. Fritz Schösser, DGB-Vorsitzender in Bayern und für die SPD Mitglied im Bundestag, hat angekündigt, daß er Riesters Rentenreform nicht zustimmen wird. „50:50 – ist das klar! Faire Rente mit 60 Jahr“ und „Ein Leben lang geschuftet – In Rente mit leeren Taschen – Nicht mit uns!“ hatten Kollegen auf Transparente geschrieben. Redner der Jugend und der Senioren forderten, auf die Straße zu gehen und es nicht bei Informationsveranstaltungen zu belassen. Sie bekamen dafür viel Beifall. Die Orientierung von oben war allerdings: „Wenn es sein muß, gehen wir auf die Straße.“ (Bertin Eichler, Hauptkassierer der IGM) Daß es sein muß, meinten dann z. B. 20 000 Kollegen bei Daimler-Chrysler Sindelfingen, die am 13. November vor den Werkstoren gegen befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Rentenreform protestierten. Auf der folgenden zentralen IGM-Vertrauensleute-Konferenz forderten viele den Kampf. Als Ergebnis kündigte Klaus Zwickel an: „Weitere betriebliche Protestaktionen werden folgen.“ Und es wurden mehr und mehr Betriebe, die vors Werkstor gingen und die Arbeit Arbeit sein ließen.

Am Abend des 17. Dezember dann konnten wir in den Fernsehnachrichten Bilder sehen, wie Zwickel, Schulte, Schmoldt, Bsirske und Issen zum Speisen mit Walter Riester und dem Kanzler ins Nobelrestaurant hineingingen und wie sie wieder herauskamen. (Das Zwischenstück wurde uns leider vorenthalten.) Und als sie wieder herauskamen, sagten sie: ERFOLG! Der Erfolg war die Zusage, daß das Rentenniveau bis 2030 auf höchstens 67% abgesenkt werde. Aber abgesehen davon, daß dies nur durch eine Umverteilung bei den Rentnern selbst bewerkstelligt wird, und abgesehen davon, daß sich Gewerkschaften auf keinerlei Kürzung von Renten einzulassen haben, ist die Zahl 67 (Riester kommt nun sogar auf 67,8) ein großer Schwindel. Tatsächlich sind es 64,3% bei Berücksichtigung von Riesters Rechentricks, wie Johannes Steffen, Referent für Sozialpolitik bei der Arbeiterkammer Bremen, untersucht hat. Und was ist mit der paritätischen Finanzierung der Rentenversicherung? Man habe sich auf den Aufbau einer kapitalgedeckten Zusatzversorgung geeinigt, sagte Herr Schulte. Der „Erfolg“: Betriebliche Altersversorgung erhält



**Die
Renten-
reform
ist der
echte
Wahnsinn!**

auch staatliche Förderung. Kurz und gut: Gewerkschaftsführer haben dem Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung einer Sozialversicherung den Segen erteilt. Was die Herrschenden ermuntert, nun zum Angriff auf die Krankenversicherung zu blasen.

Ein Ausblick

Kolleginnen und Kollegen, es gibt viele in den Gewerkschaften, die gegen einen solchen Friedenskurs auf unsere Kosten kämpfen. Aber es müssen mehr werden, die sich aktiv einmischen. Wir brauchen unsere Gewerkschaften wie das Brot, sonst gibt es kein Brot. Wir brauchen sie aber eben deshalb als unsere Kampforganisationen!

Sehr geehrter Kollege Walter Riester,

Belegschaft und Betriebsrat der Unternehmensgruppe Süddeutscher Verlag München fordern Dich auf von der sogenannten „Rentenreform“ abzulassen und ein Konzept vorzulegen, das die Renten sichert und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes nicht noch zusätzlich zur Kasse bittet.

Wir haben kein Verständnis dafür,

dass die SPD/Grünen-Regierung, mit einem Arbeitsminister, der jahrelang Funktionär einer DGB-Gewerkschaft war, sich mit ihren Plänen an Abbaumaßnahmen rantraut, die selbst zu Zeiten einer CDU-Regierung tabu waren. Dies gilt insbesondere für die geplante Abschaffung des paritätischen Finanzierungsprinzips und die Belastung der Arbeitnehmer zugunsten der Unternehmen.

Wir haben kein Verständnis dafür,

dass Du durch die Aufweichung des paritätischen Finanzierungsprinzips die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Gefahr aussetzt, dass dieses auch in der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Pflegeversicherung durchlöchert wird.

Wir haben kein Verständnis dafür,

dass durch diese sogenannte Reform künftig das Nettorentenniveau abgesenkt werden soll.

Wir haben kein Verständnis dafür,

wie ein ehemaliger Gewerkschafter wie Du sich dafür hergeben kann, eine Kapitaldeckung der Renten einzuführen, damit den Banken und Versicherungen das Geld der Arbeitnehmer in den Rachen zu werfen und gleichzeitig in Kauf zu nehmen, dass z.B. die Hinterbliebenenversorgung empfindlich beeinträchtigt wird.

Wir fordern Dich und die Bundesregierung auf, von der Privatisierung des Altersrisikos abzugehen und statt dessen das solidarische und umlagefinanzierte Rentensystem zu stärken und auszubauen.

**Lieber Kollege Riester, wir wollen Deine Reform nicht!
Sie muss vom Tisch!**

Nebenstehende Resolution wurde am 8. Januar 2001 von der Betriebsversammlung des Süddeutschen Verlags (wo die Süddeutsche Zeitung produziert wird) einstimmig verabschiedet. Eine ähnliche Resolution hat die Betriebsversammlung der Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH in München am 30. November 2000 einstimmig beschlossen.

Bild unten:

Am 10. Januar 2001 hat die Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Bayern zu einer Veranstaltung ins Münchner Gewerkschaftshaus eingeladen. Gewerkschafter protestierten gegen den Rentenkurs – zuerst draußen und dann drinnen.



So sicher ist die „kapitalgedeckte Rente“

oder

„Von nun an geht's bergab“ (Frankfurter Allgemeine, 21.12.00)

Geht es nach den Banken, den großen Versicherungsgesellschaften, der Bundesregierung und den Spitzen unserer Gewerkschaften (jedenfalls nachdem der Kanzler ihnen ein Abendessen erster Klasse spendiert hat), soll ein Teil unserer Rentenansprüche in Zukunft kapitalgedeckt sein. Das heißt: wir drücken einen Teil unserer Rentenansprüche den Börsenhaien in die Hand, und die wiederum versprechen, das Beste draus zu machen.

Schauen wir uns an, wie dieses „Beste“ im Jahr 2000 aussah:

Wer im März 2000, geleitet von Gottvertrauen und den Versprechungen seiner Bank oder Sparkasse, 1000 Mark in die sogenannten „Technologieaktien“ gesteckt hat, hat Ende November 2000 gerade noch 330 Mark dafür bekommen, also 670 Mark verloren. (Junge Welt, 28.11.00)

Wer nicht so mutig war und sich an die sogenannten „Standardwerte“ hielt, also die ganz todsicheren Aktien wie DaimlerChrysler und Konsorten, der hat „nur“ 375 Mark verloren. Hätte er die 1000 Mark auf ein simples Sparkonto gelegt, wäre er nach Abzug der Preissteigerungsrate noch mit 4 Mark Plus herausgekommen (Frankfurter Allgemeine, 3.1.01). Ein Bierchen zusätzlich nur, aber immerhin! Mehr hat der Arbeiter von der Welt des großen Finanzkapitals schließlich nicht zu erwarten.

Allein in den USA wurden von den Spekulanten und Börsenjobbern im Jahr 2000 Geldanlagen in Höhe von 4600 Milliarden Mark (= DM 4.600.000.000.000) auf den Kopf gehauen. Das entspricht in etwa dem Geldausdruck aller in Westdeutschland plus anneklierter DDR in einem Jahr hergestellten Waren und Dienstleistungen.

Nun mag es einem Bill Gates ziemlich egal sein, ob sein Privatvermögen in Aktien und Anleihen nun auf einmal statt 160 Milliarden Mark nur noch 90 Milliarden Mark wert ist (das ist dem Ärmsten nämlich passiert im Jahre des Herrn 2000). Aber wenn du

auf 1000 Mark Rentenanspruch plötzlich nur mehr 600 Mark ausbezahlt bekommst – dann ist das eben der Unterschied zwischen zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben.

Dumm gelaufen? Ein schlechtes Jahr? Kehren wir die Scherben zusammen und Schwamm drüber? Nächstes Jahr wird's besser?

Nein. Das Geld, mit dem in Aktien, Devisen, Futures, Optionen, Derivaten und all die anderen schönen Umschreibungen für Spekulation manövriert wird, stammt aus unserer Hände Arbeit. Aus uns wurde es herausgeholt, und es kann nicht mehr in neue Produktion investiert werden, weil wir, die real Jahr für Jahr wieder weniger in den Lohntüten haben,

die produzierten Waren nicht mehr kaufen können. Weil sie die ganze Welt, in der kapitalistische Produktions- und Ausbeutungsweise herrscht, nicht mehr kaufen kann. Deswegen wandert das Geld von den Gewinnkonten ins Papier der



So schnell kann's geh'n!

Aktien und Anleihen. Bis in regelmäßigen Abständen auch der Kapitalismus merkt, daß der wirkliche Reichtum eben nicht aus Papieren besteht, sondern aus Fabriken, Eisenbahnen und Bergwerken, aus Konsumgütern und Lebensmitteln. Bis also alle – wieder einmal – ihre Papierchen loswerden und gutes Geld Erlösen möchten dafür. Dann krachen ihre Börsen, und jetzt soll der Arbeiter das bezahlen, und zwar mit seiner Rente. Auf unserem Elend ruhen ihre Hoffnungen. Unsere Rentenkassen sollen ihre Kurse stützen und ihre Verluste ausgleichen. „Wenn die Strategen in die Zukunft dieser Branche (der „kapitalgedeckten Rente“) blicken, bekommen sie feuchte Augen“ (schrieb die Welt am Sonntag am 12.3.2000). „Investmentbanker schätzen, daß ... auf die Vermögensverwalter ein Geschäft zwischen drei und fünf Billionen Dollar wartet.“

Sollen wir also unsere Renten in die Hände dieser Ritter von „Risikokapital“ und Börse legen? Nein! Arbeiterkassen gehören in Arbeiterhand!

Der Deutsche als solcher ist ein widerwilliger Schlächter, der Deutsche als solcher leidet am Krieg. Wie sehr er darunter leidet, ist ganz präzise, bis auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma, bekannt:

„Neben den Risiken und psychischen Belastungen hat der Einsatz (im Kosovo und in Bosnien) für viele Soldaten schlimme persönliche Folgen: Neun Prozent der Ehen und Partnerschaften gehen nach der Rückkehr in die Heimat kaputt: 63.5 % von ihnen leiden unter der Trennung von der Familie, 60.5 % klagen über fehlende Intimsphäre und 45.5 % über zu wenig Sex“ (SZ 26.4.00).

Noch ist Serbien Feindesland. Noch ist es kein deutsches Protektorat. Noch sind wir nicht schon wieder so weit, daß man deutsche Friedenssehnsucht dadurch kurieren kann, daß man umstandslos umzieht auf den Balkan, mit Frau und Kind, und Weihnachtsbaum und Beate-Uhse-Katalog. Noch muß der deutsche Landser im Bordell Vergessen suchen. Junges billiges Fleisch findet sich reichlich in dem verwüsteten Land Jugoslawien. Wird irgendwo Empörung darüber laut, daß die endlich durchgesetzten Menschenrechte im Kosovo darin bestehen, daß jedes minderjährige jugoslawische Mädchen die Freiheit hat, sich dem deutschen Landser feilzubieten? In diesem Fall stellt Frau Beer von den Grünen klar, daß die Empörung gefälligst an die dortigen Regierungen zu adressieren ist: „Sexueller Missbrauch von Jugendlichen sei eine Straftat. Die mazedonische Regierung müsse die Bordelle schließen, in denen ver-sklavte Minderjährige zur Prostitution gezwungen würden“ (SZ 19.12.00).

*

„Ich habe eine gesunde Skepsis gegen die Verwendung einer Munition, die zur Gefährdung der eigenen Soldaten führen kann“ (Kanzler Schröder, AZ 9.1.01).

Für die Braut hat der deutsche Landser den Tripper, für die Eltern die Flasche Sliwowitz und für sich selbst die Erinnerungen an stimmungsvolle Kameradschaftsabende nach Hause gebracht. Und noch was anderes hat er ungewollt mitgebracht: den Blutkrebs, das Balkansyndrom. Die Bräute verzeihen ihren Männern. Sie achten darauf, daß sie genügend frische Milch trinken, daß sie sich nicht

überanstrengen, und auch rote Beete soll gut sein zur Vorbeugung. Dieselben Helden, die nichts dabei gefunden haben fürs Vaterland zu töten, finden sehr viel dabei, fürs Vaterland zu sterben. Nicht im serbischen Schützengraben, nicht in einem mazedonischen Bordell, sondern den stinknormalen Tod im Krankenhausbett, das weiße Laken voll blutigem Durchfall. Wer hätte gedacht, daß Völkermord so ein ungesundes Geschäft sein könnte? Ja wer denn hätte damit rechnen müssen, daß die Geschichte nichts vergißt? Wenn die Geschichte nicht die Kraft hat, Nürnberger Prozesse abzuhalten und in Potsdam Abkommen zu erzwingen, dann setzt sie ihre Gerechtigkeit eben mit minder starken Mitteln, mit Tripper und Blutkrebs, durch.

Das Balkansyndrom - Diagnose: Völkermord

An jedem deutschen General ist ein Arzt verloren gegangen (und umgekehrt). Und deshalb wissen die Generäle alles über Schwellendosis und Blutkrebs und die einschlägige Gefahr für ihre Männer. Vor allem aber wissen und sagen sie: Es waren die Amerikaner, die in Bosnien und im Kosovo ihr Uran tonnenweise verschossen haben. Und wenn niemand anders es tut, dann hat notfalls der Deutsche die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den barbarischen Amerikaner vom Balkan zu verjagen. Schließlich muß einer denen doch zeigen: Dies hier ist Europa und nicht Hiroshima.

Vielleicht haben wir ja immer noch nicht genügend deutsche Helden und Blutkrebskranke. Aber wenn wir wirklich nicht verstehen, daß serbische Männer und Frauen und bosnische Kinder sterben, damit Großdeutschland entsteht, wenn wir wirklich nicht sehen wollen, daß der deutsche Imperialismus das Balkansyndrom nur benutzt, um zum dritten Mal in Jugoslawien Krieg anzufangen, wenn wir wirklich nicht begreifen wollen, daß unsere Helden dort unten morden, damit der deutsche Imperialismus dem US-amerikanischen und der europäischen Konkurrenz zeigen kann, wer Herr auf dem Balkan und in Europa ist, wenn wir an Hiroshima denken und Auschwitz vergessen, wenn wir uns auch in den nächsten Jugoslawienkrieg, der ungeniert vor unser aller Augen vorbereitet wird, widerstandslos führen lassen – dann, allerdings, dann werden beim nächsten Mal die Laken nicht mehr ausreichen, um all den blutigen Durchfall aufzunehmen.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Tulbeckstr. 4 · 80339 München · Telefon 0 89/5 40 70 34-7 · Telefax 0 89/5 40 70 34-8

Internet: <http://www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-KPD.de>

Druck und Verlag: Das Freie Buch · Tulbeckstr. 4 · 80339 München · 22.1.01